

# Das «letzte Netz» füllt sich

Noch nie waren mehr Baselbieter von der Sozialhilfe abhängig

Von Boris Gygax

**Liestal.** Letztes Jahr bezogen so viele Menschen im Baselbiet Sozialhilfe wie noch nie: 7572 Personen waren es insgesamt. Gegenüber 2013 stieg die Anzahl um 373 Personen. Damit wurde der Höchstwert von 2006 gebrochen. Nach einem kurzen Rückgang in den folgenden Jahren stieg die Sozialhilfequote seit 2008 kontinuierlich. Heute ist sie fast wieder auf dem Stand von 2006, bei 2,7 Prozent. Der Unterschied: Bei fast gleicher Quote gaben die Gemeinden vor acht Jahren für fast gleich viele Bedürftige 15 Millionen Franken weniger aus. Der Nettoaufwand stieg letztes Jahr auf knapp 60 Millionen Franken an.

Die schlechte Nachricht nimmt Sebastian Helmy, Leiter des kantonalen Sozialamts, vorweg: «So wie es momentan aussieht, wird sich dieser Trend auch dieses Jahr fortsetzen.» Der Grundbedarf sei aber in den letzten Jahren nicht grösser geworden. Steigende Kosten für Wohnraum sowie Krankenkassenprämien seien ein Grund für die Mehrausgaben. Weiter gibt es strengere Vorschriften bei den Sozialversicherungen des Bundes: Wer früher durch die Invalidenrente unterstützt wurde, ist heute von der Sozialhilfe abhängig.

Grundsätzlich seien viele der Sozialhilfebezügler arbeitsfähig, aber nicht «arbeitsmarktfähig», sagt Helmy. Das heisst: Für Personen mit reduziertem Leistungsvermögen gebe es keine Stellen auf dem Markt. «So bizarr das klingt: Diese Menschen sind zu wenig krank für eine Invalidenrente und fallen somit zwischen Stuhl und Bank.» Der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott meint dazu: «Der Bund saniert seine Sozialversicherungen auf dem Buckel

der Gemeinden.» Liestal hat die höchste Sozialhilfequote im Kanton (siehe Interview rechts).

Auffallend bei der Statistik 2014 findet Helmy zudem: Gut 40 Prozent der Betroffenen haben keine berufliche Grundausbildung. Diese Personen haben auf dem Arbeitsmarkt «ganz schlechte Karten». Doch auch wer einen Job im Niedriglohnsegment ergattern konnte, braucht oftmals Unterstützung. Der Anteil Personen, die arbeiten und trotzdem Sozialhilfe beziehen – sogenannte Working Poor – stieg zwischen 2012 und 2014 von 20 auf 25 Prozent. Der Leiter des Sozialamts möchte festhalten, dass das Baselbiet nach wie vor unter dem Schweizer Durchschnitt liege.

Sorgen bereitet Helmy die Gruppe der 46- bis 55-Jährigen. Diese wuchs im Vergleich zum letzten Jahr um 15 Prozent. Es gebe viele Faktoren, die einen Fall in die Sozialhilfe verursachen. Eine Erklärung: «In diesem Alter kommt es vermehrt zu Scheidungen oder auch zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen.»

In der düsteren Statistik gibt es aber einen Lichtblick. So hat sich 2014 der Anteil der 18- bis 25-jährigen Sozialhilfebezügler im Vergleich zum Vorjahr um vier Prozent verkleinert. «Offensichtlich wirken die Brückenangebote, die der Kanton lanciert hat», sagt Helmy.

## Systembedingte Entwicklung

Die Statistik setzt auch die Politiker unter Druck. Denn die Entwicklung ist nicht neu, doch in Kombination mit dem finanziellen Leidensdruck der Gemeinden wird der Aufschrei immer lauter. Für SVP-Landrat Roman Klausner, Präsident der zuständigen Finanzkommission (Fiko), ist diese Entwicklung systembedingt. Es sei kein Geheimnis, dass bildungsferne Personen aus dem

Arbeitsmarkt fallen. Seine Begründung: «Immer mehr niederschwellige Jobs werden von den Unternehmen ausgelagert. Es gibt im Kanton kaum mehr Arbeiten für Personen mit niedriger oder mittlerer Ausbildung.»

SP-Landrätin und Vizepräsidentin der Fiko, Mirjam Würth, erklärt sich den Trend ähnlich. Früher haben viele Personen im ersten oder zweiten Sektor gearbeitet. «Doch wir sind heute eine Dienstleistungsgesellschaft. Die beruflichen Anforderungen steigen.» Gleichzeitig bestehen für Klausner aber auch «falsche Anreize». Die Sozialhilfe sei beispielsweise für eine Familie mit zwei Kindern zu attraktiv.

Die kantonalen Sozialdirektoren haben nun reagiert und die sogenannten Skos-Richtlinien, an denen sich die Gemeinden orientieren, verschärft. Der Grundbedarf für Grossfamilien ab sechs Personen soll gekürzt werden, auch jene für junge Erwachsene unter 25 Jahren mit eigenem Haushalt.

Es gibt weitere Ansatzpunkte, wie der Negativtrend gestoppt werden könnte: Helmy nimmt dabei unter anderem auch die Gemeinden, das heisst, deren Fachpersonen der Sozialdienste in die Pflicht. Es brauche gute Kenntnisse der vorgelagerten Sozialversicherungen. «Beiträge beispielsweise von der IV, der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) oder Kinderzulagen können die Gemeindekasse entlasten.»

Ein weiterer Punkt: das Risiko minimieren, dass eine Person überhaupt in Abhängigkeit von der Sozialhilfe gerät. Dafür seien Investitionen in die Erstausbildung schon im Kindesalter nötig. Dazu gehöre auch der Deutschunterricht, sagt Helmy. Denn die Statistik zeigt: Ausländer aus Nicht-EU-Ländern haben ein deutlich höheres Sozialhilferisiko.

# «Steigende Sozialhilfekosten bereiten mir schlaflose Nächte»

Der Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott erklärt, warum trotz Gegenmassnahmen der Trend nicht gestoppt werden konnte

Von Boris Gygax

**BaZ:** Seit fünf Jahren steigt die Sozialhilfequote im Kanton Baselland, Liestal ist der Spitzenreiter. Wie belastend ist das für die Finanzen?



**Lukas Ott:** Die Kosten haben alarmierende Ausmasse angenommen. Von der kantonalen Zunahme um 373 Fälle im Jahr 2014 schlucken wir deren 63,

das macht 17 Prozent der gesamten Zunahme im Baselbiet. Der Bruttoaufwand ist in den letzten zwei Jahren von acht auf zwölf Millionen Franken angestiegen. Diese Zunahme würde umgerechnet acht Steuerprozente ausmachen. Für Liestal wird die Luft langsam dünn.

**Die Anzahl Sozialfälle steigt wie auch die Anzahl Personen, die von der Sozialhilfe leben. Welche Menschen fallen vermehrt in das «letzte Netz»?**

Es sind Menschen, die zuvor beispielsweise von der Invaliden- oder der Arbeitslosenversicherung unterstützt wurden. Der Bund saniert seine Sozialversicherungen nun auf dem Buckel der Gemeinden. Weiter sind vor allem Familien betroffen und Working Poor. Die Anzahl Personen pro Dossier nimmt spürbar zu. Die letzte Personengruppe sind Migranten. Von 382 Dossiers betreffen fast die Hälfte Ausländer, bei einem Ausländeranteil von gut einem Viertel. Migranten sind somit überproportional vertreten. Wir sind bei allen Integrationsmassnahmen stark gefordert.

**Warum ist Liestal bei Sozialhilfebezügern beliebt?**

Es gibt diverse Gründe. Liestal ist das Zentrum für das Oberbaselbiet. Wir haben viele Zuzüger aus den umliegenden Gemeinden. Zudem haben wir günstigen Wohnraum, eine gute ÖV-Erschliessung, Anonymität, ein breites Angebot an kantonalen Beratungsstellen sowie eine gewisse Clusterbildung. Das heisst: Wo bereits Sozialhilfebezügler wohnen, kommen weitere dazu.

**Was unternehmen Sie, um der Entwicklung entgegenzuwirken?**

Wir lancierten in den letzten Jahren diverse Angebote, wie Deutschkurse für Migranten, Schulsozialarbeit auf Gemeindeebene, um präventiv schwierige Fälle zu erkennen, und schliesslich finanzieren wir Integrationsmassnahmen in den Arbeitsmarkt. Zudem haben wir die Stellenprozente der Sozialarbeiter stetig erhöht, welche die Dossiers betreuen. Allein im 2014 um 200 Prozent. Doch den Trend können wir nicht stoppen.

**Das heisst, die Sozialhilfekosten werden weiter steigen?**

Ja. Der Trend ist ungebremst, trotz all diesen Massnahmen. Die aktuellen Zahlen des laufenden Jahres bestätigen das. Ich bin mir mittlerweile nicht mehr sicher, ob wir dieses Jahr überhaupt noch schwarze Zahlen schreiben können – unter anderem wegen der steigenden Sozialhilfekosten. Sie können mir glauben: Diese Situation bereitet mir schlaflose Nächte. Auch darum müssen wir dieses Thema endlich angehen. Dabei soll auch die Gemeindeinitiative helfen. Wenn wir dies als gemeinschaftliche Aufgabe ansehen, müssen wir einen Ausgleich schaffen. Die Menschen, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht selber finanzieren können, sollen einen Platz in unserer Gesellschaft haben.

# Dampfbähnler werden sich nicht kampfflos geschlagen geben

Regierung will Umstellung auf Meterspur für die Waldenburgerbahn

Von Christian Horisberger

**Liestal.** Noch am Wochenende hat der Verein Dampfbahn Waldenburgerbahn (VDWB) an der Gewerbeausstellung in Oberdorf die Werbetrommel gerührt für den Erhalt der über 100-jährigen Nostalgiebahn. Der Entscheid des Regierungsrats dürfte die Vereinsmitglieder ins Herz treffen: Die Regierung stuft die Weiterentwicklung der Bahn als Ganzes wichtiger ein als die Dampfbahn als kulturelles Gut – sie beantragt dem Landrat, die Spur von 75 Zentimetern auf einen Meter zu verbreitern. Das kommt dem Todesstoss des Dampftriebs mit historischem Rollmaterial im Waldenburger Tal gleich.

Für die Meterspur, auf der üblicherweise Trams verkehren, sprechen die Zahlen: Zwar entstünden durch die Verbreiterung gegenüber einem Verbleib auf der Schmalspur Mehrkosten im Bereich von rund drei Millionen Franken, doch würden diese über die Jahre durch den geringeren Unterhaltsaufwand des Trassees kompensiert, heisst es in der Vorlage, die der Regierungsrat gestern verabschiedete. Dazu kämen Einsparungen bei der Fahrzeugbeschaffung und beim -unterhalt.

## Verein macht keine Kompromisse

Die Vorlage zeigt Kostenvergleiche fürs Rollmaterial für die zur Debatte stehenden Schmalspur (750 mm), Tramspur (1000 mm) und Normalspur (1435 mm) sowie für Wagenkastenbreiten von 2,40, 2,65 und 2,88 Metern. Unter Berücksichtigung von Bundesbeiträgen erachtet der Regierungsrat die Kombination Meterspur und 2,65 m Wagenkastenbreite als ideal. Die nächste Fahrzeuggeneration solle aber noch mit einer Wagenkastenbreite von 2,40 m (heute: 2,20 m) bestellt werden, da nicht gewährleistet sei, dass bis 2022 die gesamte Strecke für die grösseren Wagen vorbereitet ist.

Die Einstellung des Dampftriebs sei «voraussichtlich unvermeidbar»,



**4500 Unterschriften im Rücken.** Der Dampfbahn-Verein will dafür sorgen, dass das Feuer in der WB-Lokomotive noch lange brennt.

schreibt die Regierung in einer Medienmitteilung. Denn neben hohen Investitionen in Rollmaterial und neue Depots würden auch Kosten für Anpassungen an die Meterspur anfallen – ob mit einem dritten Gleis oder via Rollmaterial. Die Dampffreunde haben allerdings längst klargemacht, dass es für sie keine Option sei, die originale WB-Lok «Gedeon Thommen» auf eine andere Spurbreite umzurüsten oder eine ortsfremde Komposition durchs Waldenburger Tal schnauben zu lassen. Und daran habe sich bis heute nichts geändert, betont Kurt Grieder, Präsident der Waldenburger Bahnstalgiker.

Der Regierungsentcheid überrascht Grieder wenig und die Argumente und Tabellen in der Vorlage bringen ihn nicht von seiner Überzeugung ab, dass die WB auch auf der Schmalspur eine vielversprechende Zukunft haben würde. Und falls dadurch Mehr-

kosten entstünden, wie die Regierung behauptet, seien diese marginal.

Der VDWB werde nichts unversucht lassen, um die Schmalspur und damit den Dampftrieb zu erhalten, verspricht Präsident Grieder. «Das sind wir den 4500 Personen schuldig, die unsere Petition unterschrieben haben.» Ab sofort werde der Verein die Mitglieder der Bau- und Planungskommission informieren, die sich der Vorlage am 1. Oktober annehmen, kündigt Grieder an. Je nach Entscheid der Kommission warte man die Landratsdebatte ab oder werde schon vorher wieder aktiv.

Sollte das Parlament der Empfehlung der Regierung folgen und sich für die Meterspur entscheiden, werde der VDWB höchstwahrscheinlich das Referendum ergreifen, so Grieder. «Dass das Stimmvolk für solche Anliegen ein offenes Ohr hat, zeigte sich bei der Schlösser-Initiative eindrücklich.»

# Baselland kürzt massiv bei Kultur

Landkino muss schliessen – Zahlreiche Veranstalter betroffen

Von Stephan Reuter

**Liestal.** Der Regierungsrat streicht 785 000 Franken aus der Baselbieter Kultur- und Kunstförderung. Betroffen sind die Jahre 2016 bis 2019. Mit der Reduktion des Kunstkredits stoppt der Kanton unter anderem sämtliche Ankäufe von Werken Baselbieter Künstler. Das Landkino in Liestal muss 2017 voraussichtlich sang- und klanglos schliessen. Die vom früheren Kulturamtsleiter Niggi Ullrich gegründete und umhete Literaturreihe «Wintergäste» wird 2016 abgeschafft, die Ausstellung «Ernte» soll dasselbe Schicksal im Jahr darauf ereilen.

Seit 2004 betreibt der Basler Verein Le Bon Film, der auch das Stadtkino trägt, das Landkino im Auftrag des Kantons Baselland. Es kuratiert Filmreihen zu regionalen Veranstaltungen und Ausstellungen, lädt Referenten und Filmschaffende ein und ist vor allem auch für ältere Menschen, die den Weg in die Stadt nicht mehr auf sich nehmen können, ein wichtiger Kulturfaktor.

Gestern wurde die Direktion vom Regierungsrat in Kenntnis gesetzt, dass die Leistungsvereinbarung im kommenden Jahr um die Hälfte auf 50 000 Franken gekürzt und per Ende 2016 aufgehoben werden soll. Das kommentiert Nicole Reinhard, Direktorin von Stadt- und Landkino, voller Enttäuschung: «Die Entscheidung vernichtet mit einem minimalen Spareffekt eine kleine, wertvolle Institution, die die kulturelle Landschaft des Kantons über mehr als zwei Jahrzehnte bereichert hat.» Der Verein Le Bon Film halte die Sparmassnahme für bildungs- und kulturfeindlich.

## Kein Künstlertausch mehr

Das Landkino ist aber längst nicht die einzige unmittelbar betroffene Institution. Das Festival Neue Musik in Rümelingen verliert seine Subventionen und muss künftig Beitragsgesuche an den Baselbieter Swisslos-Fonds stellen. Das Neue Theater in Dornach kommt zunächst vergleichsweise glimpflich davon: Es muss auf seine in Aussicht gestellte Zuschusserhöhung verzichten.

Darüber hinaus werden ab 2016 Förderangebote sistiert, welche Künstlern, Ensembles und Bands Aktivitäten ausserhalb der Region ermöglicht haben. Der Beitrag an das regionale Atelier-Austauschprogramm «Atelier Mondial» wird gleichfalls stark reduziert. Entfallen soll der Beitrag an art.tv, den Kultur-Internetsender. Das kantonale Magazin «GPS kultur.bl» wird ganz aufgegeben.

## Angst vor nächster Streichung

Mit diesen massiven Einschnitten ist der Spardruck auf die regionale Kultur keineswegs beendet. Liestal will «über die geplante Reduktion der Kulturvertragspauschale um 50 Prozent» später entscheiden, teilte der Regierungsrat gestern mit.

An diesem Tropf hängen gleichwohl fast alle bedeutenden Kulturhäuser und Künstler im Raum Basel: Theater und Orchester, die Kaserne und das Haus der elektronischen Künste, Gare du Nord und Bird's Eye Jazz Club. Sie machen klassische und zeitgenössische Musik, Rock, Pop, Jazz, Schauspiel und Ballett, Puppen- Kinder- und Jugendtheater.

Die 15 Institutionen, deren Angebot wesentlich von der Kulturvertragspauschale der beiden Basler Kantone unterstützt wird, haben gestern Alarm geschlagen. Sie sehen ihre Zukunft «existenziell gefährdet» und fühlen sich «zutiefst verunsichert», was die Fortsetzung ihrer Arbeit betrifft. Bereits heute bestünden viele Planungsverpflichtungen weit über das Jahr 2016 hinaus – schliesslich müssen alle Player im internationalen Kulturbetrieb frühzeitig und langfristig Projekte anschieben und Verträge unterzeichnen.

Die überregional geschätzte Kulturregion Basel sei durch die angekündigten Sparmassnahmen in ihrer Vielfalt stark bedroht. Die Kulturschaffenden verweisen auf ihre positive Imagewirkung für Alteingesessene und internationale Gäste: «Die Kultur trägt einen starken Anteil an dem ausgezeichneten Ruf der Region Basel in der Schweiz und in der Welt und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.»